



Unterrichtungsvorlage

Vorlage-Nr.:	UV/0195/2016		Datum:	25.08.2016			
Bürgermeisterin							
Verfasser:	50-Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales	Az:					
Gremienweg:							
30.09.2016	Sozialausschuss	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP		öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:	Trägerschaften der Beratungs- und Koordinierungsstellen ab dem 01.01.2017						

Unterrichtung:

Der Sozialausschuss nimmt von den Trägerschaften der Beratungs- und Koordinierungsstellen ab dem 01.01.2017 Kenntnis.

Die Arbeitsgruppe der Regionalen Pflegekonferenz (vgl. § 5 Abs. 2 Satz 4 Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur) tagte am 07.07.2016. Durch Rücknahmen mehrerer Bewerbungen lag für jeden Beratungsbereich letztlich nur eine Bewerbung vor, so dass eine Abstimmung entfiel.

Die Trägerschaften ab dem 01.01.2017 sind wie folgt:

Beratungsbereich	Träger
Koblenz-Nord	Caritasverband Koblenz e.V.
Koblenz-Ost	Sozialstation Kirche unterwegs Koblenz gGmbH
Koblenz-Süd	Deutsches Rotes Kreuz Mittelrhein gGmbH
Koblenz-Mitte	Sozialstation Kirche unterwegs Koblenz gGmbH

Die Arbeitsgruppe stimmte einstimmig dafür, dass die Trägerschaften bis 31.12.2020 vergeben wurden, dies entspricht dem maximalen Vergabezeitraum.

Zudem sprach die Arbeitsgruppe sich dafür aus, dass die zusätzliche Beratungs- und Koordinierungsstelle auch zukünftig beim DRK angesiedelt sein soll. Somit bleiben sämtliche Trägerschaften der Beratungs- und Koordinierungsstellen bei den bisherigen Trägern.

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion wurde vom Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales schriftlich über die zukünftigen Trägerschaften der Beratungs- und Koordinierungsstellen informiert.

Historie:

Der Sozialausschuss wurde seitens der Verwaltung in der Sitzung am 30.06.2016 über die Änderungen im Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur (LPflegeASG) unterrichtet, vgl. UV/0078/2016.